

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 11

Artikel: Krieg und Frieden - und das Problem Berlin. I., Wo liegt unser Lebensinteresse? ; Die deutsche Frage ; II., Verständigung mit der Sowjetunion ; Ein Wort über Westdeutschland ; Das herausfordernde Gesicht der westdeutschen Politik ; Macht Vorschläge!

Autor: Neal, Fred Warner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Krieg und Frieden — und das Problem Berlin

Wir glauben unseren Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir in diesem Heft einen Vortrag wiedergeben, den *Fred Warner Neal*, Professor für internationale Beziehungen an der Graduate School in Claremont (USA), vor einiger Zeit gehalten hat. Daß ein hervorragender Bürger der Vereinigten Staaten so hellsichtig und ehrlich reden kann, ist gerade heute, da die amerikanische Politik so tief in Verblendung und Lüge versunken ist, doch ein Trost und eine Hoffnung.

Red.

I.

Unter diesem tolstojanischen Titel — Krieg und Frieden — möchte ich mich mit einer sehr umstrittenen Sache beschäftigen, der Frage Berlin. Ich möchte es tun in einer Weise, die zum Widerspruch reizt. Es ist ein wunder Punkt an der Außenpolitik, mit der wir es hier zu tun haben, daß es dort nicht zuviel Widerspruch gibt, sondern zu wenig. Ich möchte also, wenn ich das Problem Berlin als Teil der umfassenderen Frage nach Krieg und Frieden behandle, mit meinen begrenzten Mitteln dazu beitragen, diesen Mangel zu beheben.

Es ist tragisch verständlich, daß uns Amerikaner das Problem Berlin beunruhigt und verwirrt. Aber wir sprechen hier von Berlin in seiner Beziehung zu Krieg und Frieden. Worte wie «beunruhigt», «verwirrt», «verdrießlich» u. a. sind nicht die Worte, die für ein Problem anwendbar sind, das mit Krieg und Frieden zu tun hat. Vielleicht genügten sie dazu einmal. Heute jedoch, im Atomzeitalter, bedeutet Krieg oder Frieden nicht nur Sieg oder Niederlage. Krieg oder Frieden bedeutet heute Weiterleben oder Auslöschung, und man kann überhaupt nicht über ein internationales Problem — von Berlin gar nicht zu reden — sprechen, ohne diese Tatsache im Auge zu haben.

Unter welchen Bedingungen kann man also mit klaren Sinnen Auslöschung riskieren? Unter welchen Bedingungen kann man dem sicheren Tode entgegensehen? Es mag Menschen geben, die mit der grausigen Logik Hermann Kahns und der Rand Corporation darüber debattieren, was es bedeutet, einen Atomkrieg zu überleben, ob es dabei vielleicht 100 oder 10 Millionen Tote gibt. Ich gehöre nicht zu ihnen. Eine solche Debatte hat die Realität der mittelalterlichen Polemik darüber, wieviel Engel auf eine Nadelspitze gehen. Es ist sicher richtig, daß einige Amerikaner — vielleicht Millionen — den Atomkrieg überleben, wenn man auch nur mit Entsetzen darüber spekulieren kann, unter welchen Bedingungen, mit Ausfall und Radioaktivität. Aber ich frage jeden anständigen und vollsinnigen Menschen, ob ich recht habe, wenn ich sage, daß das amerikanische System der Freiheit, der Humanität und der freien Unternehmung unter keinen Umständen einen Atomkrieg überleben würde. Das augenscheinliche

Unvermögen der amerikanischen Staatsmänner, diese Tatsache zu verstehen, ist vielleicht die größte Gefahr, der wir gegenüberstehen, und das Unvermögen amerikanischer Staatsmänner, diese Tatsache ihrem Volke nahezubringen, ihre größte Pflichtversäumnis.

Bedeutet dies nun, daß man unter keinen Umständen einen Atomkrieg riskieren darf? Ich achte diejenigen, die diese Frage mit Ja beantworten, kann ihnen aber nicht zustimmen. Ich kann mir Umstände vorstellen, unter denen ein Atomkrieg — mit all seiner Unmoral, all seinen Schrecken und seiner Illogik — gewagt werden sollte. Einige Umstände, heißt das, nicht viele. Aber daß es sie überhaupt gibt, ist ein Zeugnis für den Wahnsinn der Welt, in der wir leben. Im wesentlichen wären die einzigen Bedingungen, unter denen es erlaubt sein könnte, einen Atomkrieg zu beginnen, solche, in denen das Lebensinteresse der Vereinigten Staaten bedroht wäre, in denen unsere Sicherheit direkt in Frage gestellt wäre. Dies ist ein Grund — und zugleich der wichtigste — warum eine Überlegung, worin das Lebensinteresse der USA besteht und was eine Bedrohung unserer Sicherheit ausmacht, längst überfällig ist.

Wo liegt unser Lebensinteresse?

Ehe ich weiter gehe, wünsche ich zu sagen — und das so nachdrücklich, wie ich kann —: Ich bin fest überzeugt, daß es keine denkbare Rechtfertigung für die Behauptung gibt, Berlin sei heute identisch mit der Frage nach Krieg und Frieden. Ich bezweifle nicht die Aufrichtigkeit der Männer, die das Gegenteil behaupten. Aber ich bezweifle ihre Fähigkeit, ihr Urteil, ihre Kenntnis, ihre Sachlichkeit und ihren Sinn für Perspektive und Proportion. Es sind doch schließlich dieselben Männer, die uns gerade vor ein paar Monaten erzählten, das Laosproblem sei eine Frage von Krieg und Frieden, das Laosproblem, das ursprünglich hervorgerufen war durch eine amerikanische Intervention, um die verfassungsmäßig gewählte und populäre Regierung zu stürzen. Das Laosproblem beginnt jetzt sich zu verflüchtigen, weil die Männer, die uns erzählten, daß Krieg oder Frieden daran geknüpft sei, jetzt dieselbe Regierung gutheißen, deren Sturz sie veranlaßten, und von dem Regime abrücken, für das wir damals nach ihren Worten hätten in den Krieg gehen müssen. Die Leute, die uns heute ähnliches von Berlin erzählen, sind auch dieselben, die uns vor noch kürzerer Zeit in Kuba so jämmerlich bloßstellten, weil sie nicht imstande waren, eine soziale Revolution zu erkennen, wenn sie eine sahen, und die so wenig vom Kommunismus zu wissen scheinen wie von internationaler Politik, und das ist sehr wenig.

Muß ich, ohne zu fragen, die Entscheidung dieser Männer annehmen, daß die Ereignisse in Berlin bestimmen sollen, ob ich und meine Familie und du und deine Familie und wir und unser Land und unsere Gesellschaft mit ihrer Zivilisation leben oder sterben sollen?

Ich sage es so laut wie irgendeiner, daß wir weder vor der Sowjetunion noch vor irgend jemand sonst kapitulieren sollten, wenn unser Lebensinteresse, unsere Sicherheit auf dem Spiele stehen, und ich stimme so sehr wie irgendeiner zu, wenn man sagt, daß wir uns von den Russen nicht herumstoßen lassen sollten. Aber die Wahrheit ist, daß unser Lebensinteresse, unsere Sicherheit in Berlin nicht auf dem Spiele stehen und daß die Russen uns nicht herumstoßen. Viele gegenteilige Behauptungen werden heute von Washington in Umlauf gesetzt und werden die Grundlage für noch wilderes Pressegeschwätz. Wenn so etwas einen anderen Zweck verfolgen sollte, als Kriegshysterie aufzupeitschen, dann weiß ich nicht welchen. Gewiß ist Südkalifornien hier das ungeeignetste Studienobjekt. Aber diese Berlinaffäre wird nicht bloß in Südkalifornien bis zur Unkenntlichkeit entstellt, sondern in der ganzen Nation. Ich wäre bereit, 10 Dinar gegen einen Rubel zu wetten, daß sehr wenige der Menschen hier und anderswo, die diesen extremen Standpunkt einnehmen, überhaupt wissen, was die Russen uns über Berlin vorschlagen.

Was sind also in Wirklichkeit ihre Vorschläge? Nicht, daß die USA aus Berlin hinausgestoßen werden sollen. Das würden wir mit vollem Recht ablehnen, aber die Russen haben das gar nicht vor. Wir empfinden auch ganz richtig, daß wir Verpflichtungen gegen die Westberliner haben — «die freiheitsliebenden Westberliner vor dem Kommunismus zu retten», wie die Redensart heißt. Da wir nun einmal so laut und so oft diese Versprechen gegeben haben — ob das nun weise war oder nicht —, können wir sie natürlich nicht plötzlich ignorieren. Aber auch das verlangen die Russen nicht. Was die Russen zu tun wünschen, ist, einen deutschen Friedensvertrag zu schließen, der eine Anerkennung des ostdeutschen Staates und der Oder-Neiße-Linie enthielte und der die höchst abnorme Teilung Berlins normalisierte. Im besonderen sagt Herr Chruschtschew, daß ein solcher Vertrag die Anwesenheit amerikanischer und anderer alliierter Truppen vorsehen könnte. Er könnte vorsehen, daß wir bekämen, was wir, trotz Behauptung des Gegenteils, jetzt nicht haben, nämlich garantiertes Recht auf freien Durchzug durch Ostdeutschland. Wollen wir das haben? Oder, wenn nicht, warum? Und was wollen wir dann haben?

Die deutsche Frage

Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, die Berlinfrage im Zusammenhang mit der deutschen Frage zu sehen. Das Problem Berlin war ein Ergebnis der Viermächtebesetzung Deutschlands nach der Niederlage der Nazis. Deutschland wurde in vier Zonen eingeteilt, wobei die russische Armee die Ostzone besetzte und die Westmächte die westlichen Zonen. Jeder Militärbefehlshaber sollte absolute politische Gewalt in seiner Zone haben, mit der Maßgabe, daß Angelegenheiten, die das ganze Deutschland angingen, besonders wirtschaftliche,

durch einen alliierten Kontrollrat in Berlin behandelt werden sollten. Berlin selbst wurde in vier Sektoren geteilt. Und Berlin lag tief in der russischen Zone. Man darf die Weisheit der Einzelheiten dieses Abkommens bezweifeln und zugleich hervorheben, daß es die Westalliierten unterließen, eine förmliche Garantie für ihren freien Zugang nach Westberlin für alle Zeiten zu verlangen, aber es hat wenig Sinn, dies weiter zu erörtern.

Der Zweck dieses Abkommens war, nach Zahlung von Reparationen und Neuordnung der deutschen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschland als einheitlichen Staat wiederherzustellen. Indessen stimmten die Mächte in Potsdam einer Revision von Deutschlands Ostgrenze zugunsten der Russen und Polen zu. Die Grenze verlief etwa an der Oder und Neiße und sollte später durch einen Friedensvertrag ratifiziert werden. Dieser Vertrag kam nie zustande, und er ist es, auf den Chruschtschew so großen Wert legt. Ein Grund für sein Nichtzustandekommen ist, daß die Viermächtekontrolle zusammenbrach, ehe sie richtig begonnen hatte. In den USA ist es üblich, die Schuld daran ausschließlich den Russen zuzuschreiben, während man in Rußland geneigt ist, sie den Amerikanern in die Schuhe zu schieben. Beide waren schuldig, und in genau gleichem Grade. Es spielte da die französische Politik hinein. Frankreich hatte das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet, auch nicht, als es in den Kreis der Okkupanten aufgenommen war. Paris bestand darauf, daß Frankreich ein Stück Deutschlands im Westen bekommen sollte, wenn den Polen und Russen ein Stück im Osten gegeben würde. Als diese Pläne scheiterten, störte Frankreich die Arbeit des Kontrollrates, der damit außerstande war, ganz Deutschland umfassende politische Parteien, Gewerkschaften, politische und andere Systeme einzusetzen.

Inzwischen hatten die Russen — wirtschaftlich am Ende und heißhungrig — eine Aktion begonnen, die gewiß das Potsdamer Abkommen, wenn nicht dem Buchstaben, doch dem Geiste nach verletzte, nämlich, sich zu Reparationen dadurch zu verhelfen, daß sie in ihrer Zone die industrielle Produktion in Gang brachten und deren ganzen Ertrag ihrer Wirtschaft zuführten, statt sich der langsameren Methode der Demontage zu bedienen. Dies wirkte sich verhängnisvoll auf die Besetzungswirtschaft in allen Zonen aus und hatte eine heftige inflationäre Wirkung. Der Westen antwortete durch Einstellung versprochener Lieferungen nach Rußland. Moskau seinerseits schlug zurück mit der Drosselung der Nahrungs- und Düngemittellieferungen aus seiner Zone. Dann schufen die Westmächte, vielleicht notwendigerweise, aber doch in klarem Gegensatz zum Abkommen, eine westliche Währung und bereiteten die Verschmelzung ihrer drei Zonen zu einer einzigen vor. Als Antwort darauf begann Moskau 1948 die Berliner Blockade.

Zu diesem Zeitpunkt waren die zur Zeit des Krieges abgeschlossenen Verträge, wie James Warburg richtig bemerkt, ein toter Buch-

stabe. Der Kalte Krieg war in vollem Gange. Die USA hatten entschieden, daß es notwendig sei, Deutschland als Pufferstaat gegen die Sowjetunion wiederaufzubauen. Zu diesem Zweck unternahmen die Westmächte, unter amerikanischer Führung, einen verhängnisvollen Schritt, der das ganze Gesicht der deutschen Situation veränderte. Sie schufen aus ihren Zonen einen neuen, unabhängigen deutschen Staat, Westdeutschland. Die ursprüngliche Begründung für die Anwesenheit des Westens in Berlin war gewesen, daß das für die Viererkontrolle und die Verwaltung eines Deutschland nötig sei, das seiner Wiedervereinigung entgegenging, mit Berlin als seiner Hauptstadt. Die westliche Aktion der Gründung eines westdeutschen Staates machte dieser Begründung ein jähes Ende. Wie von vielen vorhergesehen, bekannte die Sowjetunion fast augenblicklich Farbe. Sie schuf einen deutschen Oststaat unter ihrer Herrschaft. Es gab nun zwei deutsche Staaten, Ost und West, einer so echt und legal wie der andere.

II.

Zu dem Zeitpunkt, da auf Drängen der Westmächte, vor allem Amerikas, ein besonderer deutscher Weststaat und als Antwort darauf von der Sowjetunion auch ein deutscher Oststaat geschaffen wurde, wäre eine Art deutscher Wiedervereinigung noch möglich gewesen. Nun wurde sie unmöglich gemacht, *nicht durch sowjetische Aktion, sondern durch amerikanische*, dadurch, daß Amerika die *Remilitarisierung des Weststaates* in Gang setzte. Zwar gab es schon eine ansehnliche Polizeimacht in Ostdeutschland. Wenn es auch scheint, daß diese sogenannten «Kampfgruppen» vorzugsweise zur Sicherung der kommunistischen Ordnung dienten, stellten sie doch einen Kern dar, von dem aus eine Armee gebildet werden konnte. Aber sie waren keine Armee. Die einzige militärische Macht in Ostdeutschland waren die Sowjettruppen, genau wie die einzige wirkliche Militärmacht im Westen die amerikanische war, unterstützt durch britische und französische Truppen.

Nun waren die Amerikaner und einige ihrer Verbündeten besessen von der Furcht vor einer russischen militärischen Aggression, von der Furcht, daß sich plötzlich die Rote Armee in Marsch auf den englischen Kanal setzen könnte. Es ist nicht erforderlich, hier die Echtheit dieser Furcht zu debattieren, obgleich ich völlig mit George Kennan und anderen übereinstimme darin, daß es eine solche Gefahr russischer Aggression niemals gab. Wie dem auch sei, die Amerikaner und ihre Freunde riefen, um sich zu schützen, die NATO ins Leben. Sie bestand damals und bis vor kurzem aus amerikanischen Truppen und einer papierenen Organisation. Es war augenscheinlich, daß die NATO, wenn aus ihr etwas werden sollte, auf die Teilhaberschaft Deutschlands angewiesen war, das schon in den Anfängen seines Wirtschaftswunders stand. Also tat Amerika den zweiten verhängnis-

vollen Schritt, indem es gegen den heftigen Protest nicht nur der Sowjetunion, sondern auch vieler anderer, begann, Westdeutschland zu remilitarisieren. Die Regierung Konrad Adenauers, wenn auch nicht sein Volk, war mehr als willig. Die Sowjets folgten mit der Aufrüstung Ostdeutschlands.

Nun war unser vorgegebenes Ziel noch immer die Wiedervereinigung Deutschlands. Es war klar, daß es dazu nur *einen* Weg gab, und der hieß

Verständigung mit der Sowjetunion

Aber die erklärte einmal über das andere, daß sie der Wiedervereinigung niemals zustimmen würde, wenn sie die Mitgliedschaft eines remilitarisierten Deutschlands in der NATO einschließe. Die USA hatten jedoch ihre ganze europäische Politik auf der Idee einer starken NATO aufgebaut, und das bedeutete deutsche Beteiligung. Weil das unsere Politik war, ergab es sich von selbst, daß wir der Heraushaltung eines wiedervereinigten Deutschlands aus der NATO nicht zustimmen konnten. Das Ergebnis war, daß es niemals, zu keiner Zeit, wirkliche Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung gab. Es ist eine Entstellung der Tatsachen oder Schlimmeres, zu sagen, wie es Dulles und Eisenhower taten, daß die Sowjetunion 1955 der Wiedervereinigung durch freie Wahlen zugestimmt und dann ihre Zustimmung zurückgezogen hätte. Die Zustimmung der Sowjetunion wäre nur unter der Bedingung erfolgt, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht der NATO angehöre, und das lehnten wir ab.

Zu dieser Zeit war die Anwesenheit westlicher Kräfte in Berlin nicht mehr eine Sache des Rechts, sondern nur der Diplomatie. Sie war sozusagen ein Trumpf in der Politik der Wiedervereinigung und hatte als solcher einen Sinn. Da Berlin ein Symbol als die traditionelle Hauptstadt Deutschlands darstellte, konnte die Anwesenheit des Westens dort verhindern, daß die Stadt gänzlich unter kommunistischen Einfluß geriet, und hätte ein Faktor in der Art der Wiedervereinigung und in der Orientierung eines wiedervereinigten Deutschlands werden können. Nun aber, nach der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO, war von Wiedervereinigung keine Rede mehr. Jetzt wollten die Russen nicht mehr, wenn sie es je gewollt hatten. Die Westdeutschen, und die Amerikaner ebenso, wünschten sie nicht, was sie auch sagen mochten, oder wenn sie sie wünschten, verhinderten die Methoden, die sie anwandten – Bestehen auf Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO –, daß der Wunsch irgendeine reale Bedeutung bekam. Da dies so war, verlor auch selbst die diplomatische Begründung unseres Verbleibens in Berlin – daß sie ein Manöver zugunsten der Wiedervereinigung wäre – ihren Sinn.

Zu dieser Zeit war es, daß Chruschtschew die Idee eines deutschen Friedensvertrages und einer Änderung der Situation von Berlin aufs Tapet brachte.

Hier wird es nötig,

ein Wort über Westdeutschland

zu sagen. Es ist wichtig, sich darüber Rechenschaft zu geben, daß Westdeutschland bei weitem die stärkste Macht in Europa ist, wirtschaftlich wie militärisch, mit der alleinigen Ausnahme der Sowjetunion. Es beherrscht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, und unter den nichtamerikanischen Mitgliedern beherrscht es die NATO. Es ist Tatsache, daß Westdeutschland dahin gelangt ist, die amerikanische Politik in Europa zu lenken. Nun hat Westdeutschland, genau wie andere Staaten auch, seine eigenen Interessen, deutsche Interessen. Das sind nicht amerikanische Interessen, von Ausnahmen abgesehen. Das ist ganz natürlich. Aber es ist nicht ganz natürlich, daß die USA fortgesetzt so handeln, als ob deutsche Interessen immer und notwendig auch unsere seien. Der Westen hat diesen Fehler schon einmal begangen, nach dem Locarno-Vertrag. Die Briten und Franzosen erwarteten wirklich, daß Deutschland ihnen helfen würde, den Versailler Vertrag aufrechtzuerhalten, der sich gegen Deutschland richtete. Ausgehend von der unglaublich naiven Annahme, daß Außenminister Stresemann ganz zugunsten der «westlichen Welt» spreche, argwöhnten die Briten und Franzosen niemals, daß er zur selben Zeit die heimliche illegale Aufrüstung Deutschlands betrieb, die ihren kritischen Höhepunkt in der Götterdämmerung des Zweiten Weltkrieges finden sollte.

Nun meine ich nicht, daß der westdeutsche Staat dem Nazireich gleichzusetzen wäre, obgleich eine Vielzahl früherer Nazi in hohen Ämtern sitzen, oder daß es seine Absicht wäre, Europa militärisch zu beherrschen. Was ich aber glaube, ist, daß Westdeutschland mit der Förderung deutscher Interessen, wie es sie versteht, *eine herausfordernde explosive Kraft* ist, die ebensowohl wie irgendein anderer Faktor einer friedlichen europäischen Regelung im Wege steht. In einer Weise hat die westdeutsche Politik das Ergebnis – auch die Absicht? –, genau das zu tun, was die Nazi auch wollten, nämlich Unfrieden zu säen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, wenn auch aus verschiedenen Gründen.

Man darf nicht vergessen: Deutsche sind Deutsche. Wenn ich so sage, geschieht es nicht, um eine gehässige Bemerkung über ein ganzes Volk zu machen. Aber es muß gesagt werden, daß die Deutschen als Ganzes, als soziale Gruppe oft ihre politische Unreife demonstriert haben. Und ich für mein Teil kann in der westdeutschen Politik nichts finden, was auf eine Änderung hindeutet.

Ganz gewiß kann die amerikanische Politik hier einer tadelnden Bemerkung nicht entgehen. Wir brauchen nicht zu tun, wozu die Deutschen uns treiben wollen. Die Kriegseindrücke hatten in Deutschland einen tiefen Antimilitarismus erzeugt, besonders unter der Ju-

gend. Und teilweise ist es unseren eigenen Bemühungen zu danken, daß sie jetzt eine Regierung haben, die durch und durch militärisch orientiert ist und es immer mehr wird. Diese Entwicklung geschah so allmählich, daß man sie kaum wahrte. Ich erinnere mich sehr gut, daß während eines Aufenthalts in Frankfurt 1950 die Zeitungen berichteten, die Regierung habe einen «Verteidigungsbeauftragten» ernannt. Das wurde von den Deutschen wie den Amerikanern dementiert, obwohl jeder wußte, daß es stimmte. Dann wurde es zugegeben; aber, sagten die Deutschen feierlich, kein Ministerium. Ein paar Monate später wurde aus dem Verteidigungsbeauftragten ein Verteidigungsminister; aber, sagten die Westdeutschen, es gibt keine Armee. Wieder ein paar Monate später begann eine deutsche Armee organisiert zu werden; aber, hieß es, keine traditionellen Uniformen, keine Generale. Wieder ein paar Monate später zog die Armee die traditionellen Uniformen an, und der Rang eines Generals wurde wiederhergestellt; aber, wurde gesagt, kein Generalstab – usw. Ungefähr um dieselbe Zeit nahm Westdeutschland als Nationalhymne wieder das «Deutschland über alles» an; aber, beschwichtigte man, der erste Vers mit den anstößigen Worten werde weggelassen. Jetzt beginnt die Hymne wie früher: «Deutschland über alles.» Heine schrieb einst in einem für ihn ungewöhnlichen Ausbruch von Patriotismus: «Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht.» Es ist nicht überraschend, daß heute eine große Zahl anderer Menschen nicht in den Schlaf kommen können, wenn sie an Deutschland denken, wenn auch aus andern Gründen.

Das herausfordernde Gesicht der westdeutschen Politik

wird illustriert durch den ganz unberechtigten Anspruch der Regierung Adenauer auf Gerichtsbarkeit in Berlin. Es wird illustriert durch ihre Weigerung, die Oder–Neiße-Linie anzuerkennen. Es wird illustriert durch die Einsetzung eines Ministeriums für gesamtdeutsche Angelegenheiten und durch Westdeutschlands Entschlossenheit – mit amerikanischer Billigung –, der ostdeutschen Regierung die Anerkennung zu versagen, wie ihren diplomatischen Druck auf jeden Staat, der sie anerkennen sollte. Vielleicht ist die größte politische Gruppe dort die der sogenannten Volksdeutschen, der Deutschen, die flohen oder vertrieben wurden aus den preußischen Provinzen, die nun Teile Rußlands oder Polens sind, aus dem Sudetenland und anderen Teilen Osteuropas. Sie sind böseartig nationalistisch. Was sie erstreben, ist natürlich die Rückgabe ihres Eigentums an Deutschland. Offiziell schwören sie jeden Gedanken an Krieg ab, aber wie sie die Rückgabe erreichen wollen, sagen sie nicht. Diese Volksdeutschen sind ein wichtiger Faktor für die Weigerung der Bonner Regierung, die Nachkriegsregelungen anzuerkennen, und die westdeutsche Haltung ist ein wichtiger Faktor für die Weigerung der amerikanischen Regierung.

In gleicher Weise geben die Westdeutschen nun auch in Berlin den Ton an. Sie diktieren in der Tat die amerikanische Politik. Kein Kompromiß über Berlin, sagen sie. Und warum? Weil Herr Adenauer sich darauf versteift, Berlin als Teil Westdeutschlands zu betrachten. Er und seine Regierung behaupten hartnäckig, daß der ostdeutsche Staat keine Existenzberechtigung habe. Sie fordern Wiedervereinigung, womit sie einfach die Ausdehnung der westdeutschen Republik auf ganz Deutschland meinen, einschließlich – einschließlich, sage ich – der früheren Teile Preußens, die jetzt Rußland und Polen angegliedert sind. Ein deutscher Friedensvertrag, wie ihn Chruschtschew verlangt, würde de facto, wenn nicht de jure, eine Anerkennung der ostdeutschen Republik und der Oder–Neiße-Linie verlangen.

Welche besonderen amerikanischen Interessen sind nun durch den russischen Vorschlag berührt? Wenn man darauf antworten soll, muß man zunächst begriffen haben, daß die jetzige Situation in Berlin ihrer Natur nach höchst anomal und zeitgebunden ist. Es ist absoluter Unsinn, zu reden – wie Rusk das getan hat –, als sei die Berliner Situation Teil eines Status quo, der unter allen Umständen aufrechterhalten werden müßte. Er kann nicht in alle Ewigkeit aufrechterhalten werden, was auch die Russen tun oder nicht tun. Es ist überhaupt keine Politik, immer erneut zu sagen, daß wir «feststehen» in einer solchen Situation. Und es ist pure Sophistik, zu behaupten – wie Präsident Kennedy und andere es tun –, daß, weil die Amerikaner keine Änderung der Berliner Lage haben wollen, der Streit nur auf Rechnung russischer Unruhestiftung geht. Unsere Position in Berlin – politisch, militärisch, diplomatisch – ist *unhaltbar*. Die Handvoll amerikanischer Soldaten in der Stadt hält die Russen nicht *mehr* heraus als der Rotary Club von Claremont. Wenn sich die Russen durch irgend etwas anderes als durch Selbstbescheidung heraushalten lassen, so ist es durch die amerikanische atomare Abschreckung. Indessen, mit oder ohne Friedensvertrag, wir und die Westberliner sind in der Gewalt der Russen und Ostdeutschen. Es ist hohe Zeit, daß wir aufhören, uns über diese unangenehme Tatsache weiter Illusionen hinzugeben. Es gibt tausend Dinge, die sie unternehmen können, um, wenn immer sie wollen, den ganzen Schwindelbau zum Einsturz zu bringen. Die bloße Änderung des Wechselkurses würde, wie Bürgermeister Brandt gesagt hat, eine wirtschaftliche Katastrophe auslösen. Endlose Prüfung von Reisepapieren oder ständige Reparaturen an Wegen und Brücken könnten unseren Zugang erschweren. Sind wir bereit, einen Krieg zu beginnen über das Recht der Kommunisten, ihren Wechselkurs zu ändern? Oder über ihr Recht, Wege und Brücken zu reparieren? Oder über das Ausmaß ihres bürokratischen Schlendrians?

Macht Vorschläge!

Nun ist es durchaus nicht klar, daß unsere Position in Berlin nicht geradezu verbessert werden könnte durch einen Friedensvertrag, wie

ihn die Russen vorschlagen. Wenn wir einen Krieg führen wollen für unsere Rechte in Berlin oder wegen dessen, was die Kommunisten dem freiheitsliebenden Volk von Westberlin antun könnten, so können wir das unter den Bedingungen eines Friedensvertrages so gut wie jetzt. Wenn man sagt, daß der sowjetische Vorschlag unseren wohlverstandenen Interessen nicht zuwiderläuft, so heißt das nur, daß unser wohlverstandenes Interesse in europäischer Stabilität und Verminderung der Spannung liegt. Das beides aber kann es in einem wiedervereinigten Deutschland nur geben, wenn wir – und Bonn – die Realität des ostdeutschen Staates und die Oder–Neiße-Linie anerkennen. Auf welcher Grundlage haben wir bisher abgelehnt? Die unausgesprochene amerikanische Idee, daß wir ein Recht hätten, einen westdeutschen Staat zu schaffen, die Sowjets aber nicht berechtigt seien, einen ostdeutschen Staat zu errichten, ist so unhaltbar, daß wir sie in dieser Form nicht einmal aussprechen, aber sie gibt unsere Haltung wieder. Erwarten wir, daß die Sowjetunion uns entgegenkommt und aus ihrer Herzensgüte und Liebe zum Kapitalismus Ostdeutschland an Westdeutschland aushändigt, die Polen zwingt, ihre neuen Gebiete herauszugeben und die ehemals preußische Stadt Königsberg einer von Westdeutschland beherrschten NATO übergibt? Wenn wir aber das nicht erwarten, was erwarten wir dann? Und was erwarten die Westdeutschen?

Es hat eine Menge Reden darüber gegeben, wie man den Kommunisten die Initiative aus der Hand nehmen könnte, und die Sache ist längst überfällig. Die gegenwärtige Situation in Berlin wäre ein guter Ausgangspunkt. Wirklich, wenn wir nicht bereit sind, einen Krieg zu entfesseln in dem eitlem Bemühen, einen Status quo festzuhalten, der sich nicht halten läßt und der in keiner Weise unser Lebensinteresse berührt, so ist eine Initiative unumgänglich. Und in gewisser Weise ist es gerade das, wozu Chruschtschew uns auffordert. Es kann sein, daß unser Vorschlag nicht ohne weiteres angenommen wird, aber das kann man nicht wissen, bevor man ihn macht. Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen, die gemacht werden könnten. Senator Mansfield hat vorgeschlagen: Schaffung eines vereinigten Berlins als einer freien Stadt, garantiert durch NATO und Warschauer Pakt und überwacht durch eine internationale «Friedensbrigade». Sein Vorschlag mag nicht ganz realistisch sein, aber es ist ein Vorschlag. Ein anderer wäre die Entmilitarisierung West- und Ostberlins, wobei für Westberlin ein besonderer Status geschaffen werden müßte. Aushändigung Westberlins an die UNO ist ein Vorschlag. Eine west-ostdeutsche Gemeinschaftsverwaltung von Berlin ist wieder einer, und damit ist die Reihe der Möglichkeiten nicht erschöpft. Aber wenn wir etwas Besseres haben wollen als das, was die Russen anbieten, so müssen wir die Initiative ergreifen und *etwas* vorschlagen. Den Westdeutschen wird es natürlich nicht gefallen. Aber ich denke, *es ist höchste Zeit, die Westdeutschen einmal in ihre Schranken zu weisen.* Es ist

die höchste Zeit, daß sich die amerikanische Politik auf ihre eigenen Interessen besinnt, nicht auf eingebildete oder westdeutsche Interessen. Ich kann mir nichts Besseres denken, als daß unsere nationalen Führer realistische, statt Propagandaerklärungen über die ganze Sache abgeben. Für solch einen Kurs bedarf es wirklichen, statt gespielten Mutes, der von Standfestigkeit und Kriegsbereitschaft schwatzt, und nur wirklicher Mut kann unseren Interessen und unserer Integrität dienen und uns gleichzeitig einen Atomkrieg ersparen. Von welcher Art der Mut unserer politischen Führer ist, werden wir vielleicht bald sehen.

Fred Warner Neal

Freiheit und Gesetz

Wie verhält sich die Freiheit zum Gesetz? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir nicht nur die Politik, sondern auch die Philosophie zu Rate ziehen. Nach der Auffassung beinahe aller großen Denker sind Freiheit und Gesetz aufs engste verknüpft und können weder das Individuum noch auch die Gesellschaft wirklich frei sein, es sei dann, daß sie sich an strenge Normen halten. Vor allem waren es die Denker und Philosophen des 18. Jahrhunderts, die sich mit dem Freiheitsproblem auseinandersetzten und wertvolle Beiträge zu seiner Lösung geliefert haben.

So lehrte Voltaire, daß die Freiheit ausschließlich auf der Befolgung gerechter Gesetze beruht. Sein Freiheitsideal bestand in einer vernünftigen und sittlichen Ordnung. Im Europa seiner Tage kam die englische Verfassung seinem Ideal am nächsten. Der wahre Freiheitsbegriff deckt sich, wie Voltaire in seinen «Lettres sur les Anglais» ausführt, mit einer gerechten Ordnung, wie er sie in der englischen Verfassung verkörpert meinte.

Auch nach Rousseau besteht die Freiheit darin, daß der Mensch nicht seinen Grillen und Impulsen gehorcht, weil die Freiheit der Triumph der Vernunft über die niederen Instinkte ist. Indem der Mensch die moralische Pflicht auf sich nimmt, wie diese im Gesellschaftsvertrag festgelegt ist, vollzieht sich nach Rousseau die Geburt seiner wahren Persönlichkeit und sein Eintritt in das Reich der Freiheit. Freiheit ist nach ihm die Fähigkeit, sich durch Vernunft und Sittlichkeit bestimmen zu lassen.

Das Freiheitsproblem ist wohl von niemandem so eingehend untersucht worden wie von Immanuel Kant. Er fängt an, festzustellen, was Freiheit *nicht* ist. Sie besteht nicht in der Fähigkeit, sich von seinen Lust- und Unlustgefühlen bestimmen zu lassen. Diese Möglichkeit nennt Kant ein «Blendwerk der Freiheit». Der Mensch, der von seinen Lust- und Unlustgefühlen beherrscht wird, ist ein Sklave seiner Triebe und folglich nicht frei.